

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Somit kommen wir zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/3292. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 18/3292** in bemerkenswerter Art und Weise einstimmig **angenommen**. – Ich danke Ihnen allen.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Wir kommen zu:

## **2 Zwischen Tierwohl, Ernährungssicherheit und Höfesterben: Landesregierung fehlen eigene Pläne für die Zukunft der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen!**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/3409

In Verbindung mit:

### **Schwarz-grüne Widersprüchlichkeiten bei geplanter Tierwohlförderung**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3410

Die Fraktionen von SPD und FDP haben jeweils mit Schreiben vom 6. März 2023 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD hat als Erster der Abgeordnete Schneider das Wort.

**René Schneider** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin Gorißen! Wie falsch es von CDU und Grünen war, bei der Bildung ihrer Regierung die Themen „Umwelt“ und „Agrar“ voneinander zu trennen, zeigt sich in diesen Tagen wieder einmal.

Offenkundig wird, wie hoch die Brandmauer tatsächlich ist, die zwischen grüner Umweltpolitik und konservativer Agrarpolitik gezogen worden ist und aus Sicht der Bildner dieser Koalition vielleicht sogar gezogen werden musste. Diese Brandmauer trägt Ihren Namen, Frau Ministerin Gorißen. „Lobbyistin der Landwirte“ hat Sie der WDR genannt. Sie haben das wahrscheinlich als Lob verstanden.

(Vereinzelt Heiterkeit von der SPD)

Tatsächlich stehen Sie aber mit Ihrer Amtsauffassung dem Wohl der Bäuerinnen und Bauern in unserem Land im Wege.

Immerhin befinden Sie sich da in guter Gesellschaft; denn auf Bundesebene waren es von 2005 bis 2021 ausschließlich Landwirtschaftsministerinnen und Landwirtschaftsminister von CDU und CSU, die ihre Rolle immer so verstanden haben, dick mit Geld gepolsterte Schutzmäntel um eine zunehmend fröstelnde Landwirtschaft zu packen. Anstatt sich gegenseitig ehrlich zu machen, wurde ein Läppchen um die bittere Realität gebunden.

(Dr. Ralf Nolten [CDU]: Och!)

Die Landwirtschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch verändert, und sie wird es auch weiterhin tun. Sie können den Landwirtinnen und Landwirten etwas vormachen und sie durch immer teurer werdende Traumkulissen schieben; durch eine scheinbar heile Welt, die es so nicht mehr gibt. Fair ist das indes nicht, und es verhindert eine echte und erfolgreiche Transformation des gesamten Sektors.

(Beifall von der SPD)

Immer wieder formulieren Landwirtinnen und Landwirte diesen einen Wunsch: Sie wollen Planungssicherheit. – Die haben sie auch verdient, weil es ohne diese Planungssicherheit keine Investitionen, keine Hofnachfolgen und keine Ernährungssicherheit in Deutschland geben kann. Planungssicherheit entsteht aber nur dort, wo man die Realität an- und es mit ihr aufnimmt.

Die Realität sieht so aus: Die Zahl der Höfe nimmt seit Jahren ab. Dafür werden die existierenden Betriebe immer größer; denn seit Jahren gilt die ausgegebene Parole „wachse oder weiche“ – wachse für den Export und erziele deine Margen über die Masse. Dieses Prinzip ist jedoch an Grenzen gestoßen, und zwar nicht erst seit der schwächer werdenden internationalen Nachfrage, sondern unter anderem aufgrund sich ändernder Essgewohnheiten auch in Deutschland.

(Unruhe – Glocke)

Wir verzeichnen Jahr für Jahr einen sinkenden Konsum von Schweinefleisch. Aus den unterschiedlichsten Gründen essen immer weniger Menschen Fleisch – vor allem junge Menschen. Diesen Trend wird niemand aufhalten können – und auch nicht aufhalten wollen. Die Landwirtschaftsverbände wären deshalb schon froh, wenn die aktuelle Zahl der Tiere gehalten werden könnte.

Ich persönlich glaube, dass dies schwerlich möglich sein wird. Stattdessen müssen wir über eine multifunktionale Landwirtschaft reden, die Ackerbau und Viehzucht betreibt, aber auch Regionalvermarkterin

ist, im Tourismus und in der Energieproduktion Geld verdient und nicht zuletzt für ihre Ökosystemleistungen bezahlt wird.

Der jetzt anstehende Umbau der Schweinehaltung findet statt, weil die Verbraucherinnen und Verbraucher es so wollen. Sie wollen das. ALDI und Co stellen ihr Sortiment nicht aus Jux und Dollerei um. Sie reagieren auf einen veränderten Konsum; auf Verbraucherinnen und Verbraucher, die sich biologischen Anbau und Tierwohl wünschen, für diesen Mehraufwand aber nicht zu zahlen bereit sind. Das wird auch die am schwierigsten zu lösende Aufgabe werden, und der Staat hängt da am Ende mit drin.

Diese Trends muss man realisieren und danach handeln. Bundesagrarminister Cem Özdemir ist der erste Minister seit 16 Jahren, der es beim Tierwohl mit den Realitäten aufnimmt. Bereits vor einem Jahr hat er die Erarbeitung einheitlicher Haltungskriterien gestartet, um allgemeinverbindlich Ordnung in die Labellandschaft zu bringen.

Das ging Ihrer Vorgängerin Heinen-Esser damals nicht schnell genug, Frau Ministerin. Sie forderte im Bundesrat bereits Fördergelder, bevor überhaupt die dafür nötigen Kriterien klar waren.

Jetzt läuft es anders, und zwar genau richtig: Schritt für Schritt und sauber durchdacht – erst die Grundlagen schaffen, dann die Beschlüsse treffen und damit schließlich und endlich Planungssicherheit auf Jahre schaffen.

Was ist stattdessen Ihr Plan, Frau Ministerin? Mit welchem Vorschlag gehen Sie in den Bundesrat? Ich hoffe, Sie verraten uns das auch mal – möglicherweise heute bei der Aktuellen Stunde – und diskutieren es vielleicht sogar mal im Ausschuss. Das wäre eine schöne Sache. Aber diese Diskussion scheuen Sie, weil Sie wissen, dass die grüne Partei bei Ihren Positionen – zu Recht – Pickel bekommt.

(Beifall von der SPD)

Über die fünf Haltungskategorien mag man diskutieren. Das muss man als Bundesland mit riesiger Schweinemastproduktion auch tun. Doch anstatt sich inhaltlich einzubringen, gehen Sie als Landwirtschaftsministerin den grünen Kollegen auf Bundesebene in Ihrem Pressefrühstück frontal an – anscheinend, ohne sich mal direkt mit ihm ausgetauscht zu haben. Vor Journalistinnen und Journalisten sollen Sie bedauert haben, keine Handynummer des Bundesagrarministers Cem Özdemir zu haben. Der WDR berichtet – ich zitiere –:

„Ich hatte auch immer gehofft, dass ich mal von ihm die Mobilnummer bekomme, damit wir auch uns auf einem einfachen Weg verständigen können.“

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Frau Ministerin, wenn Sie es nach neun Monaten noch nicht einmal geschafft haben, die Handynummer Ihres grünen Amtskollegen in Berlin herauszufinden, dann frage ich mich allen Ernstes, ob unsere Landwirtinnen und Landwirte bei Ihnen wirklich in guten Händen sind. Denn das sollte keine große Aufgabe sein, Frau Ministerin.

(Beifall von der SPD)

Ich gebe Ihnen einmal einen Tipp. Sie brauchen nur zum Kollegen Rüße herüberzugehen. Ich bin mir ganz sicher, dass er nur einmal nachschauen muss. Er hat die Nummer von Cem Özdemir, und er wird sie Ihnen auch gerne geben. Denn durch einen Anruf kann man sehr viel klären und auch sehr viel lernen.

Ich komme zum Schluss und ende mit einem Appell an diese Regierungskoalition. Machen Sie Schluss mit dem Quatsch, das Ressort für Umwelt und Naturschutz vom Agrar- und Forstbereich trennen zu wollen. Noch ist es nicht zu spät. Das LANUV ist noch nicht zerschlagen, und von der sauberen Trennung der Budgets sind Sie ohnehin noch weit entfernt. Erst wenn Sie Tierwohl und Landwirtschaft zusammendenken, statt parteipolitische Brandmauern zwischen diesen Bereichen zu ziehen, haben Sie den Ernst der Lage endlich erkannt und handeln entsprechend aus einem Guss. Die Landwirtinnen und Landwirte in Nordrhein-Westfalen hätten das mehr als verdient. – Glück auf und Gottes Segen!

(Beifall von der SPD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege Schneider. – Für die FDP spricht der Abgeordnete Herr Brockes.

**Dietmar Brockes<sup>1)</sup> (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Landwirtschaftsministerin Silke Gorißen stellt sich gegen ihren grünen Kollegen im Bund. Geht es nach Ihnen, Frau Ministerin, müssten zur Förderung des Tierwohls die Programme grundsätzlich allen Betrieben offenstehen. Große und kleine Tierhaltungen sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Der Kollege Rüße von den Grünen hier im Landtag sieht das aber völlig anders. Er stellt für seine Regierungsfraktion fest – ich zitiere aus einem WDR-Bericht –:

„Was die Ministerin vorgetragen hat, ist keine geeinte Position der Koalition. Wir Grüne sind nicht der Meinung wie Frau Gorißen, dass alle Schweinebetriebe gleichermaßen gefördert werden müssen.“

Weiter sagt er:

„Statt wohlfeiler Kritik an Bundesminister Cem Özdemir sollte sich Frau Gorißen bemühen, den

Koalitionsvertrag in NRW abzuarbeiten. Ihre Kritik an den von Cem Özdemir angestoßenen Reformen finde ich nicht nachvollziehbar.“

Meine Damen und Herren, es ist also offensichtlich, dass Schwarz und Grün in dieser Frage weit auseinanderliegen.

Frau Ministerin Gorißen stellt sich gegen die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag, die Tierwohlförderung zu deckeln und die Förderung eben nicht allen Landwirten in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung zu stellen.

Mit dieser Position verlassen Sie, Frau Ministerin, aus meiner Sicht zu Recht den selbst so genannten Zukunftsvertrag Ihrer eigenen schwarz-grünen Koalition.

Unsere Landwirte in Nordrhein-Westfalen erwirtschaften mit ihrer Tierhaltung jährlich 3,8 Milliarden Euro. Mit ihren Leistungen und ihrem Einsatz steuern die Landwirte mehr als die Hälfte zum landwirtschaftlichen Gesamtertrag bei.

Die nordrhein-westfälische Nutztierhaltung ist von großer ökonomischer Bedeutung für die gesamte Region. Im Moment hat die Nutztierhaltung und besonders die Schweinehaltung aber mit großen Herausforderungen zu kämpfen. Sie steht vor tiefgreifenden Veränderungen. In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der schweinehaltenden Betriebe in den letzten beiden Jahren durchschnittlich um 11,7 % zurückgegangen. Das ist mehr als der Bundesdurchschnitt von 9 % pro Jahr.

Daher ist es umso wichtiger, dass die Politik tätig wird und endlich handelt. Wir müssen unseren Landwirtinnen und Landwirten eine Perspektive und Planungssicherheit geben.

(Beifall von der FDP)

Wir Freien Demokraten unterstützen deshalb – um es klar zu sagen – die Forderung der Ministerin, dass allen Betrieben eine Tierwohlförderung zur Verfügung stehen sollte.

Das von CDU und Grünen geplante Sofortprogramm zur Förderung tierfreundlicher Außenklimaställe für Betriebe soll aber auf maximal zwei Großvieheinheiten je Hektar begrenzt werden. In den Kreisen Borken und Coesfeld liegt die durchschnittliche Viehbesatzdichte allerdings über zwei Großvieheinheiten je Hektar. Insgesamt haben von den rund 23.450 tierhaltenden Betrieben in Nordrhein-Westfalen 6.916 Betriebe mehr als zwei Großvieheinheiten je Hektar.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Herr Brockes!)

Deshalb würde eine Vielzahl der Tiere gar nicht von dem Sofortprogramm profitieren. Das betrifft ungefähr 30 % der tierhaltenden Betriebe in NRW. Ein flächendeckender Umbau der Tierhaltung, durch den

möglichst viele Tiere von mehr Tierwohl profitieren, wäre mit diesem Programm also nicht möglich.

Aus Sicht der Freien Demokraten ist es wichtig, dass so viele Tiere wie möglich von einer Förderung für mehr Tierwohl profitieren. Wenn man es mit dem Tierwohl wirklich ernst meint, dann muss unabhängig von der Größe des Betriebes gefördert werden.

(Beifall von der FDP)

Für Nordrhein-Westfalen und Deutschland muss es jedoch oberstes Ziel sein, dass Tierschutzstandards der europäischen Mitgliedsstaaten an deutsche Verhältnisse angepasst werden. Wir müssen insbesondere für die deutschen Sauenhalter und Schweinemäster faire Wettbewerbsbedingungen schaffen. Sie müssen eine Chance haben, um sich insbesondere im europäischen Wettbewerb behaupten zu können.

Die Verlagerung der Sauen- und Schweinehaltung aus Deutschland in andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union hat leider längst begonnen. Wenn dies so weitergeht, dann werden wir zukünftig keinen Einfluss mehr auf die Haltungs- und Produktionsbedingungen haben, weil es hier gar keine Haltung und Produktion mehr gibt. Dem Tierwohl ist damit nicht geholfen, wenn wir die Missstände ins Ausland exportieren.

Meine Damen und Herren, wir können das Tierwohl nur verbessern, wenn wir auch die Betriebe hier in Nordrhein-Westfalen halten. Unsere Landwirtinnen und Landwirte brauchen dafür unsere Unterstützung. Helfen wir ihnen, das Tierwohl in allen Betrieben zu verbessern! Das ist gut für unsere Nutztiere, bietet Perspektive und Planungssicherheit für unsere Landwirte und leistet einen wertvollen Beitrag zur Stärkung unserer heimischen Wirtschaft.

Zum Schluss – an die Kollegen der Union –: Ein guter und fairer Koalitionspartner hätte schon längst mit einer Handynummer ausgeholfen. – Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP und der SPD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Brockes. – Für die CDU spricht der Abgeordnete Herr Höner.

**Markus Höner (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich sollte ich mich freuen, dass plötzlich jeder meint, die Landwirtschaft retten zu wollen, aber an sich wundert es mich.

„Tierwohl“, „Ernährungssicherheit“ und „Höfesterben“ sind Themen, die uns politisch begleiten, seitdem ich denken kann. Mir als Landwirt und uns als CDU sind sie immer besonders nah.

In diesem Zusammenhang ist es richtig, dass unsere NRW-Agrarministerin Silke Gorißen die Ampelkoalition und den verantwortlichen Bundesminister Cem

Özdemir kritisiert hat. Unsere Ministerin stellt sich vor die Bäuerinnen und Bauern und wurde deswegen unlängst sogar als Lobbyistin der Landwirtschaft beschrieben. Ein größeres Kompliment hätte man ihr gar nicht machen können.

(Beifall von der CDU)

Eine Ministerin, die sich für die einsetzt, für die sie auch Verantwortung übernimmt – so soll das sein.

Nordrhein-Westfalen ist in seinen ländlichen Räumen von der Tierhaltung und besonders durch die Schweinehaltung geprägt. Deshalb sind wir uns sehr bewusst, in welcher großen Verantwortung wir hier stehen.

Im Koalitionsvertrag der Zukunftscoalition steht unmissverständlich, dass die Nutztierhaltung in Nordrhein-Westfalen für die Land- und Ernährungswirtschaft von grundlegender Bedeutung ist. Wir haben anerkannt, dass sich die Tierhalterinnen und Tierhalter auf den Weg gemacht haben, ihre Erzeugnisse nach hohen Qualitäts-, Sicherheits- und Tierwohlstandards ressourcenschonend zu produzieren.

Wir haben klar vereinbart, die Umsetzung der Ergebnisse des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung der sogenannten Borchert-Kommission in der Tierhaltung zu unterstützen, und zwar von der Finanzierung bis zur Umsetzung. Für uns ist diese komplette Umsetzung von grundlegender Bedeutung.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Opposition, die Umsetzung der Ergebnisse der Borchert-Kommission in Berlin zu unterstützen, um anschließend in NRW mit einem Förderprogramm Modellställe unterstützen zu können, ist kein Widerspruch. Für uns ist das eine logische Ergänzung. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass diese Pläne auf Bundesebene umgesetzt werden müssen, und da ist es leider bereits auch vor der Ampel in der Großen Koalition allein an der SPD gescheitert.

Unsere Ministerin hat das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz kritisiert – zu Recht. Ein wesentliches Problem aus Berlin ist aber noch nicht zur Sprache gekommen, nämlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, dass Bundesfinanzminister Christian Lindner keine Mittel bereitstellt, damit die Empfehlungen der Borchert-Kommission überhaupt umgesetzt werden können.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Parallel zu unserer landeseigenen Planung für diese Wahlperiode passiert im Bund doch gerade wenig. Während Özdemir die Erkenntnisse der Borchert-Kommission aufdröselnd und Kritik erntet, weil die Praxistauglichkeit seines Tierwohlkennzeichnungsgesetz kritisiert wird, lässt Lindner den Geldhahn zu. Auch hier gilt wie in vielen anderen Lebensbereichen: ohne Moos nix los.

Die Ergebnisse des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung werden aber nur zielführend sein, wenn es komplett umgesetzt werden kann.

Der Bundesminister will bundesweit neue Kennzeichen für die Tierhaltung durchsetzen. Im ersten Schritt sollen die neuen Vorgaben noch in diesem Jahr für frisches Schweinefleisch im Handel starten. Das ist ein Anfang. Vorgesehen ist ein System mit fünf Haltungskategorien während der Mast: vom gesetzlichen Mindeststandard im Stall bis zu Bio. Der Gesetzentwurf wird derzeit im Bundestag beraten. Wohlgemerkt: ohne das notwendige Bau- und Immissionsschutzrecht gibt es diese Ställe nicht, weil sie nicht gebaut werden können.

(Zuruf von Bianca Winkelmann [CDU])

Natürlich positionieren sich hierzu jetzt auch die Bundesländer.

Ministerin Gorißen äußert sich in der Presse, dass sie vor einer Politik des Abbaus auf Kosten unserer heimischen Schweinebauern warnt. Damit hat sie recht. Bereits jetzt wird etwa ein Drittel des Schweinefleischkonsums, also der Teilstücke, die bei uns verzehrt werden, durch Importe gedeckt. Bei einem weiteren Rückgang der Tierhaltung muss mehr importiert werden, ohne dass wir auf die Haltungsbedingungen der Tiere überhaupt noch Einfluss nehmen können.

Der Schweinefleischbedarf ist in Deutschland rückläufig, weil sich das Essverhalten verändert hat, aber auch in Zukunft werden große Teile der Bevölkerung Fleisch essen möchten.

Das ganze Thema ist vielfältiger, als es auf den ersten Blick scheint. Es geht um Ernährungssicherheit, kurze Transportwege, Arbeitsplätze und darum, selbst kontrollieren zu können, unter welchen Bedingungen Tiere gehalten werden. Kurzum: Versorgungssicherheit nach unseren Standards.

(Beifall von der CDU)

Die Zukunftscoalition stellt sich gegen einen massiven Abbau und ist für die Transformation. Es ist bereits gesellschaftlicher Konsens, dass die Nutztierhaltung neu aufgestellt werden soll. Das stellen auch die betroffenen Landwirte nicht infrage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Ampel, allerdings muss man sich zuerst geschlossen an einen Tisch setzen, um praktische Wege zu finden und ganz besonders Mittel zu beschaffen.

Für die notwendige tierwohlgerechte Transformation der Landwirtschaft stellt der Bund aktuell finanziell nur den berühmten Tropfen auf den heißen Stein bereit. Im Jahr 2023 stehen nur magere 150 Millionen Euro zur Verfügung. Allein für den Schweinesektor sind aber laut Experteneinschätzung 2,4 Milliarden Euro pro Jahr nötig. Solange in Berlin kein Rahmen

für die Borchert-Umsetzung geschaffen wird, sind uns vor Ort die Hände gebunden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Liberalen, nehmen Sie bei diesem wichtigen Thema dringend und mit oberster Priorität Ihren Bundesfinanzminister in die Pflicht.

(Bianca Winkelmann [CDU]: So ist es!)

Dann sehen wir hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen gerne gemeinsam weiter.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Opposition, Sie haben auf Bundesebene bei diesem Thema das Heft des Handelns in der Hand. Am Kurs der Zukunftscoalition gibt es keinen Zweifel: Wir wollen die Nutztierhaltung erhalten und Perspektiven für das Tierwohl schaffen – gemeinsam mit unseren Landwirtinnen und Landwirten. – Vielen Dank.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Höner. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Schalley.

(Beifall von der AfD)

**Zacharias Schalley (AfD):** Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Die Scheinopposition kritisiert, dass die Ministerin keinen Plan für die Zukunft unserer Landwirtschaft habe. Die Scheinopposition kritisiert, dass die Ministerin eine widersprüchliche Politik bei der Tierwohlförderung betreibe. Das könnte falscher nicht sein.

Der Plan ist doch klar erkennbar und in sich völlig logisch. Sie nennen es ja, ganz im Sinne des grünen Stallmeisters, selbst beim Namen: die Transformation. Unsere Landwirtschaft wird planmäßig transformiert: weg von den familiären, bäuerlichen Familienbetrieben, die die CDU nur noch aus Folklore beschwört, hin zu managergeführten Agrarfabriken, die Betriebsstoffe für den Menschen produzieren, das Ganze aber bitte mit CO<sub>2</sub>-Zertifikat und Tierwohl-Label.

Widersprüchlichkeiten sind beim großen Ziel der Transformation, wenn überhaupt, nur temporär gegeben. Wenn wir unsere Bauern mit Vorschriften, Verboten und Bürokratie derart drangsalieren, dass die Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse einbricht, dann liegt die Lösung schon in der Schublade: mehr Subventionen oder Auslandsimporte.

Die aktuelle Agrarpolitik treibt uns in die Abhängigkeit von Importen, globalen Lieferketten, wenigen Monopolisten und einem von Spekulanten manipulierbaren Weltmarkt.

Unsere Fähigkeit zur Selbstversorgung verkümmert, die Einkommen der eigenen Landwirte sinken, wäh-

rend gleichzeitig die Produktion und das Wissen um diese Produktion bei einigen wenigen konzentriert werden. Das ist die große Transformation, die uns als segensreiche Entwicklung verheißen wird. Sie wollen den Leuten eine Befreiung von der Realität verkaufen und mit der moralischen Überlegenheit Stimmen gewinnen. Schlägt dann mal die Realität in Form von Ernteausfällen zu, werden Verluste sozialisiert und Gewinne privatisiert.

Wenn die Agrarpolitik in diesem Sinne weiterbetrieben wird, dann wird dort, wo überhaupt noch eine Kuh auf der Weide steht, der Bauer gezwungen, weitere Flächen stillzulegen und seine ansonsten ungenutzten Weiden mit ein paar ungemolkenen Mutterkühen zu dekorieren. Kurzum: Der Bauer wird zum Museumswärter degradiert, der melancholisch durch eine Landschaft schleicht, die unsere Vorfahren mit harter Arbeit erst urbar und fruchtbar gemacht haben.

Was würden Sie anders machen, SPD? Oder was würden Sie anders machen, FDP? Hier ein paar Subventionen umschichten, da ein bisschen Entbürokratisierung? Sie würden es ganz genauso machen und machen es doch auch seit Jahrzehnten und überall da, wo Sie in Regierungsverantwortung sind.

Was ist die Realität dieser Politik, egal, ob der Landwirtschaftsminister grün mit schwarzem Anstrich, grün mit rotem Anstrich oder grün mit gelbem Anstrich ist? Innerhalb von nur einem Jahr eine halbe Million weniger Sachweine in NRW. Sie schaffen es, in derselben Zuverlässigkeit Negativrekorde zu produzieren wie die SPD bei ihren Wahlergebnissen.

(Beifall von der AfD)

Wenn die absolute Zahl der Schweinebestände sinkt, dann geben kleine und mittlere Betriebe zuerst auf. Ihre Gewinnmargen sind klein, weil sie eben nicht auf Masse setzen. Übrig bleiben dann nur noch Großbetriebe. Auch das bestätigen die Zahlen: Waren es 1991 noch ungefähr 25 ha je Betrieb, haben wir die Marke von 40 ha in NRW längst überschritten. Das ist die logische Konsequenz von „Wachsen oder Weichen“.

Sie tauschen jetzt den Slogan aus. Mit dem Green Deal soll es öffentliches Geld nur für öffentliche Leistung geben. Was ist die Pflege der heimatlichen Kulturlandschaft, wenn nicht eine Leistung für das Gemeinwohl? Was könnte gemeinwohlorientierter sein als die Herstellung von Lebensmitteln?

Die schwindende Zahl landwirtschaftlicher Betriebe ist eine Gefahr für die Versorgungssicherheit, aber auch für die Zukunftsfestigkeit unserer Landwirtschaft. Ein tragfähiges agrarpolitisches Leitbild muss zum Ziel haben, unsere Lebensmittelversorgung auf eine breite Basis zu stellen und den bäuerlichen Familienbetrieben ein angemessenes Einkommen zu ermöglichen.

Die Ziele Naturschutz und Tierwohl sind dieser Betriebsform immanent. Eine kleinräumige Landwirtschaft hat nachweislich einen positiveren Effekt auf die Natur als Monokulturen bis zum Horizont oder Massentierhaltung. Dabei ist es egal, ob der Betrieb mit Öko-Siegel zertifiziert ist oder nicht.

Es ist mittlerweile aber müßig, bei solchen Themen mit Argumenten aufzuwarten. Sie wollen es ja nicht hören.

Die wahre Intention dieser Inszenierung von Opposition ist doch offensichtlich – Sie haben es ja selbst schon in den Antrag geschrieben und in den Redebeiträgen ausformuliert –: Sie wollen den Streit zwischen Ministerin Gorißen und Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir nutzen, um hier einen Spaltkeil in die Regierung zu treiben.

Nicht dass ich das nicht begrüßen würde, aber geben Sie sich keinen Illusionen hin, liebe SPD. Die Grünen kommen nicht zu Ihnen zurück. Die Grünen sind Ihnen schon längst entwachsen, nicht nur bei den Wahlergebnissen, sondern auch, was die Radikalität der Gesellschaftsexperimente angeht. Zwischen Diversity und Diskriminierung ist kein Platz mehr für die alte Tante SPD mit ihrer Malocher-Folklore.

Und auch für die FDP wird es kein Happy End in der super bürgerlichen Koalition mit der CDU geben. Die CDU braucht Sie nicht.

Die Themen „Marktwirtschaft“, „Freiheitsrechte“ und „Steuern“ schwinden in der politischen Relevanz genauso wie der Mittelstand, den die CDU im Tandem mit den Grünen planmäßig herunterwirtschaftet.

Genau genommen braucht die FDP wirklich niemand mehr. Selbst wenn es noch Lobbyisten gäbe, die Ihnen die nächsten Eingaben für Klientelpolitik einflüstern würden: Der Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Ertrag – um mal in marktwirtschaftlicher Folklore zu sprechen, die Sie ja gerne noch pflegen. Um etwas durchzusetzen, bräuchten Sie ja Einfluss. Aber den haben Sie nicht, denn die veröffentlichte Meinung wird in den Redaktionsstuben gemacht, wo die grünen Parteigänger sitzen.

Zum Abschluss darf ich Ihnen also weiter viel Vergnügen bei Ihrer Inszenierung von Opposition wünschen. Sie hätten doch alles ganz genauso gemacht. Echte Veränderungen gibt es nur mit einer Partei, und das ist die Alternative für Deutschland. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Kollege Rüße.

**Norwich Rüße (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zur Debatte über den Umbau der Tierhaltung zurückkommen. Ich denke, das ist in der Tat ein wichtiges Thema, und insofern finde ich es immer gut, wenn wir uns hier im Landtag damit beschäftigen. Schließlich erwarten das auch die Bäuerinnen und Bauern von uns, und auch die gesamte Gesellschaft erwartet von uns, dass wir bei diesem Thema vorankommen und nach Jahrzehnten der Debatte auch Lösungen präsentieren.

Dazu möchte ich eines in Richtung SPD und FDP sagen: Ich habe einiges an Kritik gehört, bin aber immer der Meinung, dass eine Opposition auch Lösungen anbieten muss. Da habe ich von Ihnen aber sehr wenig gehört, da könnte ein bisschen mehr kommen.

(Beifall von der CDU)

Völlig enttäuscht – wenn es um die Borchert-Kommission geht, höre ich genau hin – war ich von Ihrem Beitrag, Herr Brockes. Bei Ihnen liegt ein grundsätzlicher Denkfehler vor. Wenn Sie uns vorwerfen, wir würden im Koalitionsvertrag nicht alle Betriebe berücksichtigen, dann liegen Sie doch völlig falsch. Dann haben Sie den Koalitionsvertrag gar nicht richtig gelesen. Das ist doch das Problem. Schauen Sie ruhig noch mal rein.

(Beifall von der CDU)

Wir unterscheiden nämlich ganz genau. Wir unterstützen die Ergebnisse der Borchert-Kommission, und die Borchert-Kommission umfasst alle Betriebe.

Wir haben aber gesagt: Wir wollen draußen exemplarische Ställe bauen, an denen sich die Bäuerinnen und Bauern orientieren können. Wir wollen nicht Hunderte Ställe bauen – darum geht es gar nicht –, sondern ein konkretes Programm auflegen, mittels dessen wir Musterställe errichten und zeigen können, wie es gehen kann. Das ist wichtig für die Bäuerinnen und Bauern, damit wir auch vorankommen. Wie kann es gehen? Wir müssen diese Ställe aussehen? Das ist der Punkt, um den es an der Stelle geht.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Das ist von einem Bundesland ansonsten auch gar nicht alleine zu leisten.

Sie haben Kritik an der Zwei-GV-Grenze geäußert. Wenn Sie sich ein bisschen – nur ein bisschen – mit der Thematik auseinandersetzen würden, wüssten Sie, dass alle Agrarförderprogramme genau diese Grenze drinhaben. Darum geht es an der Stelle. Das ist es. Bei der Agrarinvestitionsförderung orientieren wir uns an den bisher vorhandenen Programmen – und es ist auch richtig, das zu tun.

Ich kann Ihnen an der Stelle auch sagen: Ich bin schon der Meinung, dass wir den vergangenen zwei Jahrzehnten Fehler gemacht haben. – Ein Fehler war

in der Tat, dass wir die Bestimmungen des Baugesetzbuchs immer weiter ausgehöhlt, § 201 und § 35 verändert haben, dort Ausnahmetatbestände hineingebaut und dadurch Dinge ermöglicht haben, die wir vielleicht nicht hätten ermöglichen sollen.

Es ist zu erheblichen Konflikten gekommen. Trotzdem sagen wir: Natürlich wollen wir, dass nach Möglichkeit alle Betriebe, die das wollen, den Weg der Borchert-Kommission mitgehen können. – Das ist doch völlig klar, das ist doch überhaupt keine Frage.

Kritik an Cem Özdemir kann man vielleicht äußern, aber ich will daran erinnern, dass wir jetzt überhaupt erst mal in die Umsetzung eingestiegen sind. Wir haben fast zwei Jahrzehnte darüber diskutiert, dass wir Tierhaltung verändern wollen. Wir hatten 2015 – daran kann ich mich sehr gut erinnern – den Bericht des wissenschaftlichen Beirats, den der damalige Landwirtschaftsminister nicht einmal entgegennehmen wollte. Es war völlig unüblich, so etwas zu tun. Der Bericht dieses Professorenremiums bzw. Beratungsgremiums des eigenen Hauses wird immer vom Bundeslandwirtschaftsminister oder der -ministerin immer entgegengenommen. Das ist damals nicht passiert, weil man den Bericht nicht haben wollte.

Das war der erste Bericht gewesen. Aus diesem Bericht ist dann am Ende die Borchert-Kommission entstanden. Es war gut, dass sie eingesetzt worden ist. Sie hat gute Ergebnisse erzielt, hinter denen wir als Grüne stehen, die CDU genauso.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Das ist es, was wir gemeinsam umsetzen wollen. Über die Feinheiten werden wir noch miteinander diskutieren.

Wenn wir sagen, dass wir möglichst viele Betriebe erhalten wollen, müssen wir uns zum Beispiel über die ganz entscheidende Frage unterhalten, ob es mit Blick auf die Förderung im Rahmen der zweiten Säule und die Borchert-Kommission tatsächlich richtig ist, dass wir pro Tier immer den gleichen Betrag auszahlen. Ist das richtig, oder müssen wir nicht genau gucken, welche Betriebe eigentlich welchen Aufwand haben? Haben kleinere Betriebe nicht einen anderen Aufwand pro Tier als große Betriebe, auch wenn dann mehr Belastung entsteht? Können wir tatsächlich alle über einen Kamm scheren oder bedeutet das nicht im Ergebnis, dass die einen noch einen kleinen Gewinn machen und die anderen nicht mehr mitkommen?

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Dahin müssen wir bei der Agrarförderung in Zukunft kommen, wenn wir wirklich das gemeinsame Ziel haben, möglichst viele Betriebe in diesem Bundesland zu erhalten. Das alles werden wir in Ruhe miteinander diskutieren.

Wichtig ist an der Stelle auch, noch mal deutlich darauf hinzuweisen, dass es jetzt erst zu einem Einstieg und nicht zu einem umfassenden Programm kommt. Das hat zwei Ursachen: Man geht erst einmal mit einer relativ schlanken Maßnahme daran, weil man es in Brüssel notifizieren lassen muss. Der Hauptgrund ist aber ein anderer – und das hat auch Markus Höner schon gesagt –: Es liegt an Ihrem Finanzminister.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Alle hier sagen immer: Jawohl, Borchert, Borchert, Borchert. – Wenn wir die Sache ausreichend finanzieren wollen, müssen wir aber auch 3 Milliarden Euro im Jahr zur Verfügung stellen. Dann geht das, sonst geht es nicht.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich würde mich freuen, lieber Dietmar Brockes, liebe SPD-Fraktion, wenn wir gemeinsam vorgehen würden, weil das der Hebel ist, den wir im Land haben. Die Frage der Außer-Haus-Verpflegung habe ich schon oft angesprochen. Der Absatz der Produkte wird entscheidend sein. Dann sichern wir auch Perspektiven. Die sichern wir mit Förderung, aber die sichern wir auch, indem die Produkte in den Absatz hineinkommen, sodass sie am Ende gegessen werden. Deshalb ist es ein ganz wichtiger Baustein, dass wir als öffentliche Hand, wir als Politik auch wirklich bereit sind, die Möglichkeiten, die wir haben, zu nutzen und über Kantinen oder Mensen in unserer Hand diese Produkte nachfragen. Ich glaube, dass wir diesen Weg gehen müssen.

Ich sage Ihnen noch eines: Es braucht die langfristige Absicherung. – Auch da sind Sie als FDP gefragt. Wer heute in einen Stall investiert, der will nicht für drei Jahre gefördert werden, sondern der hätte gerne – und das müssen wir als Politik auch leisten – eine mindestens zehnjährige Verbindlichkeit, mit der er planen kann.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Die Redezeit, Herr Kollege.

**Norwich Rüße (GRÜNE):** Von daher würde ich Sie, liebe FDP und liebe SPD, bitten, dass wir dieses Thema weiter diskutieren, dass Sie uns aber auch dabei unterstützen, voranzukommen und nicht nur wohlfeile Kritik äußern. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Rüße. – Für die Landesregierung erteile ich der Ministerin Gorißen das Wort.

**Silke Gorißen**<sup>\*)</sup>, Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es geht um nicht weniger als die Zukunft der Nutztierhaltung in Deutschland und insofern auch um die hier bei uns in Nordrhein-Westfalen. Mit einem Produktionswert von 4,2 Milliarden Euro allein in Nordrhein-Westfalen geht es um einen Wirtschaftszweig, der nicht nur Familien ernährt und Arbeitsplätze schafft, sondern auch erheblich zur Gestaltung der ländlichen Räume beiträgt.

In den vergangenen beiden Jahren, zwischen November 2020 und November 2022, ging die Zahl der schweinehaltenden Betriebe in Deutschland pro Jahr im Durchschnitt um 9 %, in Nordrhein-Westfalen sogar um 11,7 % zurück. Gegenüber dem vormaligen langfristigen Trend stellt dies eine ganz erhebliche Beschleunigung des Strukturwandels dar.

Viele Landwirtinnen und Landwirte fragen sich, ob sich weitere Investitionen noch wirklich lohnen. Ihnen fehlt schlichtweg die Perspektive.

(Beifall von der CDU)

Zugleich sehen wir so viele junge Landwirte, die voller Tatendrang sind. Sie brauchen aber mehr Klarheit – zum Beispiel bei baurechtlichen Voraussetzungen. Sie brauchen Planungssicherheit. Wenn wir ihnen diese Planungssicherheit in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen nicht bieten, dann stehen wir in fünf bis zehn Jahren mit der Landwirtschaft ganz woanders. Und damit meine ich keine positive Entwicklung.

Es gibt ganz klar einen breiten gesellschaftlichen Konsens, dass die Nutztierhaltung neu aufgestellt werden soll. Den stellen auch die Landwirtinnen und Landwirte nicht infrage – im Übrigen ganz gleich, ob sie konventionell oder ökologisch arbeiten. Wir wollen eine starke heimische Nutztierhaltung mit einem Bekenntnis zu kurzen Transportwegen und durchgängiger Tierhaltungskennzeichnung.

Förderprogramme müssen auch grundsätzlich allen Betrieben offenstehen. Große und kleine Tierhalter dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen die Erzeugung selbstverständlich hier bei uns halten. Niemand kann importiertes Fleisch wollen, das aus Drittländern stammt, die unter deutlich niedrigeren Tierwohl-, Umwelt- und auch Sozialstandards produzieren.

(Beifall von der CDU)

Damit hätten wir weder den Tieren noch der Umwelt einen Gefallen getan. Aus Sicht der Landesregierung bieten hierfür die Empfehlungen des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung, der sogenannten Borchert-Kommission, die richtige Grundlage. Diese wurde bereits 2019 von der Bundesebene mit dem Ziel ins Leben gerufen, den Transformationsprozess in der Tierhaltung zu begleiten und abgestimmte Empfehlungen

für ein Gelingen des gesamten Prozesses zu erarbeiten.

Dem ist die Kommission längst erfolgreich nachgekommen. Die Vorschläge sehen einen gesteuerten Transformationsprozess vor – mit einer klaren Roadmap, die einen Zeitraum bis etwa 2040 umfasst.

In der landwirtschaftlichen Tierhaltung kann man nicht einfach einen Schalter umlegen. Wir haben es hier mit lebenden Tieren und vor allem mit gewachsenen Strukturen zu tun, die einfach eine gewisse Reaktionszeit benötigen. Nordrhein-Westfalen fordert, wir fordern, dass der Transformationsprozess jetzt eingeleitet wird. Es muss ein Entwicklungsprozess sein, der die Betriebe und die Strukturen am Markt mitnimmt.

Die Betriebe brauchen eine langfristige Planung mit einer Kennzeichnung der Ware, einem Finanzierungskonzept, mit Perspektiven und einer realen Möglichkeit für die Betriebe, auch tatsächlich umbauen zu können.

Tierwohl in der Nutztierhaltung ist ein wichtiges Anliegen dieser Landesregierung. Es ist eine verantwortungsvolle Aufgabe. Dabei geht es nicht um Experimente. Es geht darum – das haben wir bereits aufgezeigt –, diesen Weg mit den Landwirten zusammen beschreiten zu können. So hat Nordrhein-Westfalen unlängst initiativ ein umfassendes NRW-Gesetzespaket zur Lösung der Tierwohlstallbaubremse in den Bundesrat eingebracht.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Schneider, wo waren Sie denn, als das passiert ist? Es muss Ihnen doch bekannt gewesen sein, dass NRW hier längst seine Hausaufgaben gemacht hat.

(Beifall von der CDU und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Mit diesem NRW-Gesetzespaket sind auch die rechtlichen Rahmenbedingungen geklärt worden, die für diesen Transformationsprozess benötigt werden.

Wir und auch viele andere Bundesländer haben in der Vergangenheit immer wieder auf die richtigen Beschlüsse der Borchert-Kommission hingewiesen, in denen alle Antworten enthalten sind – alle Antworten, um den Landwirten die notwendige Perspektive zu bieten. Wir haben dem Bund wiederholt angeboten – dieses Angebot besteht natürlich nach wie vor –, mit ihm zusammen diesen Weg zu beschreiben, die Bedingungen für den Umbau der Tierhaltung so zu formulieren, dass die Konditionen auch für die Praxis passen.

Ich bin der Meinung: Tierwohl ist nicht teilbar und völlig unabhängig von der Größe eines Bestandes. Tierwohl muss aber auch in der Fläche umgesetzt werden, in den konventionellen Betrieben weit ins Land hinein. Ein Schwein muss in einem Betrieb mit

mehreren Tausend Tieren genauso ordentlich und tierwohlgerecht gehalten werden wie in einem kleinen Betrieb.

Meine Damen und Herren Abgeordnete von der Opposition, von der SPD, von der FDP, ich bin Ihnen für die Aktuelle Stunde dankbar. Sie rückt endlich das Thema „Landwirtschaft“ in die Mitte dieses Landtages und in die Öffentlichkeit hinein. Die Landwirtschaft braucht Scheinwerferlicht. Es muss allen bewusst werden, wie groß dieses Thema und die Debatte, die geführt wird, sind.

Der Austausch zeigt, wie wichtig es ist. Es ist aber auch wichtig, dass wir alle miteinander hier an einem Strang ziehen. Vor allem wichtig ist aber – ich glaube, das ist heute deutlich zur Sprache gekommen –, dass insbesondere FDP und SPD ihren Anteil dazu beitragen sollten, es auf der Bundesebene ermöglichen zu lassen, dass die Transformation nicht nur in Deutschland, gerade auch hier in Nordrhein-Westfalen gelingen kann. Dem sind Sie bislang nicht nachgekommen.

Da wäre es gut – dafür wäre ich Ihnen ausgesprochen dankbar –, wenn Sie hier Energie reinstecken würden, aufzeigen würden, wie wichtig das ist, wie wichtig das Ihnen ist. Denn es gibt bestimmte Konzepte, bestimmte Rahmenbedingungen, bei denen der Bund gefragt ist. Die können wir in NRW nicht alleine festlegen. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, es liegt alles vor. Auch die Ergebnisse der Borchert-Kommission liegen vor. Jetzt muss es an die Umsetzung gehen. Da sind alle gefragt. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Frau Ministerin Gorißen. – Für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt der Kollegin Kahle-Hausmann das Wort.

**Julia Kahle-Hausmann (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich bin dankbar für die vielen Vorredner, weil sich damit einiges von meiner Rede erledigt hat.

Eine kurze Geschichte: Gestern Nachmittag war ich gemeinsam mit zwei Kollegen aus dem Saal auf einer Podiumsdiskussion des Rheinischen Erzeugerrings für Qualitätsferkel zur Zukunft der heimischen Schweinebauern, Sauenhaltung, Mast, Ferkelerzeugung – das ganze Programm. Es ging um Förderung, Tierwohl, Vermarktung und, und, und.

Frau Gorißen, ich gebe Ihnen total recht, wir alle im Saal, die sich mit Landwirtschaft beschäftigen, geben Ihnen recht: Die Hütte brennt. – Was wir gestern gehört haben, war völlig klar: Alle sind sehr unsicher mit Blick auf ihre Zukunft. Keiner weiß, wie es weitergeht. Die Väter wissen nicht, ob sie ihren Töchtern raten

sollen – das war eine Geschichte gestern –, weiter in die Landwirtschaft zu gehen.

Diese Veränderungen hätten aber schon längst in die Wege geleitet werden können und müssen. In den 16 Jahren, in denen Ihre Partei das Bundeslandwirtschaftsministerium bestellt hat – das haben Sie auch in der Pressekonferenz bestätigt –, ist viel zu wenig passiert. Wenn etwas brennt, Frau Gorißen, dann fange ich nicht an, mit der Feuerwehr über Löschmittel zu diskutieren.

(Beifall von der SPD)

Ich sage den Leuten auch nicht: Wenn Sie nur lange genug warten, gehen die Flammen von alleine aus. – Eines muss uns allen hier im Saal klar sein: Ein „Weiter so“ wie bisher ist nicht möglich. Das kann es nicht geben, und es ist unverantwortlich, so zu tun, als wäre das möglich.

Alein die kommenden Gesetzgebungsverfahren in der EU machen uns diesbezüglich schon einen Strich durch die Rechnung. Wir verlieren immer mehr Betriebe – das haben Sie auch deutlich gemacht – und immer mehr Existenzen, und das ist nicht nur bei den Tierhaltern, sondern in der gesamten Branche so.

Bleiben wir einmal bei den Schweinebetrieben, denn diese waren auch Gegenstand Ihres Pressefrühstücks. Es gibt Faktoren, die Sie nicht drehen können. China ruft aufgrund der ASP einen Importstopp für Schweinefleisch aus, und aufgrund von Corona und dem Ausfall vieler Großveranstaltungen ist der Absatz für Schweinefleisch in Deutschland gesunken. Das sind Punkte, die die wirtschaftliche Lage der Betriebe stark beeinflusst haben und bei denen man auf Landesebene nicht wirklich gut gegensteuern kann.

Aber dass die Verbraucher weniger Schweinefleisch essen und von der Massentierhaltung wegwollen und wir uns ökologisch einen derartigen Tierbestand auch gar nicht mehr leisten können, sind keine neuen Entwicklungen. Diese Trends gibt es seit Jahren, und ich bin froh, dass wir mit der Ampel und im Bund nach 16 Jahren Stillstand jetzt endlich einmal Bewegung haben.

(Beifall von der SPD und Dietmar Brockes [FDP])

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Auch bei uns in der SPD herrscht noch Redebedarf, was den Gesetzentwurf anbelangt. Mein Kollege hat es eben angedeutet: Ein Tierwohllabel, das nur die Haltung umfasst, ist zu kurz gedacht. Wir brauchen eine klare Kennzeichnung zum Beispiel für die Herkunft der Ferkel. Importe aus Ländern mit geringeren Standards, die zunehmend auch schlechter kontrolliert sind, müssen klar erkennbar sein, sonst bringt uns das beste Label nichts.

Wir wollen und müssen mehr Tierwohlstandards zum Beispiel für die Ferkelkastration auf der EU-Ebene durchsetzen, denn sonst verschiebt sich die Erzeugung und die Produktion nur in das wahrscheinlich schlechter kontrollierte Ausland. Wir importieren bereits viele Ferkel, und hier würden wir uns tatsächlich über die Unterstützung der EVP auf der EU-Ebene freuen.

Sie haben es eben gesagt: Wir müssen auch endlich die Stallbaubremse lösen. Das wissen Sie, und das weiß ich. Die Sauenhalter sitzen jetzt auf den Plänen für 2024, um der neuen Tierschutzverordnung gerecht zu werden. Neue Abferkelbuchten und Gruppenhaltung setzen große Investitionen voraus, und das muss auch mit Blick auf die TA Luft gesetzlich klar geregelt sein.

Zu guter Letzt: Wir müssen das Ganze finanzieren. Das war eben schon einmal Thema, und zwar nicht, indem wir einfach sagen: Der Markt regelt, und die Kosten landen beim Verbraucher. – Denn der Markt regelt jetzt gerade, und dem Markt sei Dank, haben wir ein Höfesterben und einen Nährstoffüberschuss in Wasser und Böden. Für Veränderungen brauchen wir eine Finanzierung, die sicher ist und nicht nur vom Portemonnaie des Verbrauchers abhängig ist, denn das ist gerade jetzt nicht sonderlich prall gefüllt.

Kurzum: Wir müssen die Vorschläge der ZKL und der Borchert-Kommission, aber auch der Enquetekommission hier im Landtag umsetzen, denn das ist parteiübergreifender Konsens, dem wir alle zugestimmt haben. Das ist etwas, auf das sich die Landwirte eigentlich verlassen können müssen. Das ist etwas, das Sie auch so in Ihrem Koalitionsvertrag – wir haben das eben gehört – festgeschrieben haben. Kurzum: Alle brauchen Planungssicherheit.

In meiner gesamten Laufbahn habe ich das Wort „Planungssicherheit“ noch nie so oft gehört wie in den letzten sechs Monaten. Landauf, landab: Planungssicherheit. Aber genau das ist es, was wir hier gerade schon wieder infrage stellen. Anstatt sich in Ihrer Koalition auf ein Vorgehen zu einigen und das transparent zu vertreten, verkünden Sie, eigene Vorschläge machen zu wollen. Welche das sind, weiß jedoch niemand – nicht einmal Ihr Koalitionspartner – im Ganzen.

Wir wissen es nicht. Die Landwirte wissen es auch noch nicht. Das wurde gestern noch einmal sehr klar deutlich. Es geht doch schon damit los, dass Sie im Koalitionsvertrag ein Förderprogramm für eine Stelle mit einer GVE-Bindung von zwei Großvieheinheiten pro Hektar planen. Das finden wir erst einmal gut. In der Enquetekommission gab es zur Flächenbindung aber noch ein Sondervotum von der CDU, und jetzt sagen Sie wieder, Sie wollten große und kleine Betriebe nicht gegeneinander ausspielen. Dabei haben wir immer mehr große und immer weniger kleine Betriebe.

Genau diese großen Betriebe sind Ihrem Koalitionspartner ein Dorn im Auge, weil sie zu Problemen führen können; zu einem regionalen Problem im Hinblick auf den Nährstoffeintrag – siehe Münsterland – und zu einem globalen Problem durch den Import von Kraftfuttern mit einer hohen CO<sub>2</sub>-Bilanz. Deswegen soll auch die Förderung auf Betriebe mit weniger Tieren begrenzt werden. Sie hingegen wollen das nicht.

Ich frage Sie ganz ehrlich: Auf was kann sich der Landwirt in Zukunft verlassen? Was kommt als Nächstes? Wenn Sie noch mehr neue Vorschläge vorlegen in der Hoffnung, in der nächsten Wahlperiode die Uhr wieder zurückdrehen zu können, werden Sie das „Weiter so“ propagieren, wie wir das jetzt schon immer wieder erzählt bekommen: „Das wird alles gar nicht so schlimm; das kommt doch eh nicht; mit uns wird das nicht umgesetzt“?

Müssen wir uns wieder auf eine Verhandlung vor dem Europäischen Gerichtshof einstellen mit dem Ergebnis, dass unsere Landwirte von heute auf morgen wie bei der Düngeverordnung vor vollendete Tatsachen gestellt werden?

Die Vorschläge aus dem BMEL müssen diskutiert werden; auch und gerade in einem Land wie unserem, in dem die Schweinefleischindustrie so wichtig ist. Gerade, weil wir so viele Betriebe in diesem Bereich haben, können wir es uns nicht leisten, hier für Verunsicherung zu sorgen. Darum eine Bitte, weil die Hütte wirklich brennt: Tun Sie nicht so, als gäbe es kein Feuer. Schenken Sie den Landwirten reinen Wein ein, dass es Veränderungen geben muss und wird, aber die Landesregierung hier mit einer Stimme spricht und die Landwirte unterstützt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Frau Kollegin Kahle-Hausmann. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Kollege Brockes.

**Dietmar Brockes\*** (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war jetzt wieder das typische Spiel, von der eigenen Zwiertacht ablenken zu wollen und den Blick einfach nur nach Berlin zu richten, wo alles steht und fällt. Das ist mir, ehrlich gesagt, zu billig. Wenn die Politik so läuft, dann brauchen wir im Land auch keinen Landwirtschaftsministerium, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Herr Kollege Rüsse, der Auftritt gerade war ja wohl wirklich nicht so gedacht, meine Unterstützung zu erhalten. Sie stellen sich hier oberlehrerhaft hin und tun so, als wären Sie der Einzige, der in der Landwirtschaftspolitik die Ahnung mit dem großen Löffel gefuttert hätte. Und anschließend wollen Sie von mir

auch noch Unterstützung in Berlin haben. Das ist nun wirklich sehr billig. So kommen wir nicht zusammen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Sie haben eben aus Ihrem Koalitionsvertrag zitiert und sprachen davon, die Förderung sei nur ein Beispiel; Sie wollten ein paar Musterställe und so. Soll ich Ihnen einmal vorlesen, was bei Ihnen als wichtiger Punkt – man nimmt ja nicht jeden Kleinkram dort auf – im Koalitionsvertrag steht? Dort steht: „Wir wollen ein Sofortprogramm zur Förderung tierfreundlicher Außenklimaställe für Betriebe mit maximal zwei Großvieheinheiten je Hektar auflegen“. Lieber Kollege Rüße, da steht nichts von einem Musterstall.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Hat er doch erklärt!)

Außerdem steht da „Sofortprogramm“. Sie regieren seit fast einem Jahr, wo ist denn das „sofort“ geblieben? Es ist nichts passiert in diesem Land.

(Beifall von der FDP und der SPD – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Ich möchte zwei Sätze in Richtung Bund sagen. Im Gegensatz zu Ihnen bin ich davon überzeugt, dass die Ampelkoalition in den nächsten Wochen – sie sind voll in der Beratung zum Tierhaltungskennzeichnungsgesetz – die Themen vernünftig löst und einen Weg findet.

Wenn jetzt die Mittel im Bund bereitgestellt werden und man einen gemeinsamen Weg findet, dann kann es nicht richtig sein, wenn anschließend aus Ihrer Fraktion wieder neue Forderungen gestellt und neue Levels von Auflagen gewünscht werden.

Wenn man jetzt im Bund auch wirklich eine Regelung findet – ich wünsche sie mir, und die unsere Landwirtinnen und Landwirte benötigen sie dringend –, dann muss das mit einem Auflagenmoratorium verbunden sein, dass diese Regelungen auch für die nächsten 10, 15 Jahre gelten und nicht anschließend wieder eine neue Sau durchs Dorf getrieben wird.

(Beifall von der FDP)

Es ist wirklich ein wichtiges Thema. Deshalb bin ich froh, wenn die Koalitionsfraktionen es schon nicht geschafft haben, dass wir das Thema auf die Agenda gesetzt haben. Der Konflikt in der Koalition ist nicht ausgeräumt worden. Das macht deutlich, dass Nordrhein-Westfalen auch in Berlin nicht mit einer Stimme spricht. Das ist bei diesem wichtigen Thema für unsere Landwirte sehr traurig.

Für uns als Liberale ist es wichtig, dass von den Tierwohlmaßnahmen, die getroffen werden, möglichst alle Tiere auch profitieren können. Gleichzeitig müssen wir die Regeln so schaffen, dass auch unsere Landwirtinnen und Landwirte wieder Planungssicherheit und eine Perspektive haben, um in Nord-

rhein-Westfalen ihre bäuerlichen Betriebe auch weiter erhalten und zukunftsfest auch für die kommende Generation machen zu können. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Höner.

**Markus Höner (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal bin ich dankbar dafür, dass wir die Diskussion heute in diesem Rahmen überhaupt führen können. Es ist gut, dass wir uns mit dem Thema einmal so auseinandersetzen. Aber es gibt durchaus den einen oder anderen Punkt, an dem es Sinn macht, das noch einmal aufzugreifen.

Sie haben eben davon gesprochen, dass es ein Fehler war, die Ministerien zu teilen. Ich glaube nicht, dass es ein Fehler war. Ich sehe auch gar nicht das Problemfeld, das Sie erkennen. Was hat die Trennung der beiden Ministerien mit einem höheren Tierwohlstandard in den Betrieben zu tun? Aus meiner Sicht gar nichts.

(Beifall von der CDU)

Lieber Herr Schneider, Sie haben angesprochen, die Borchert-Kommission Schritt für Schritt umzusetzen. Vielleicht hätten Sie sich im Vorfeld zu Ihren beiden Reden etwas mehr mit Ihrer Kollegin Frau Kahle-Hausmann absprechen sollen. Frau Kahle-Hausmann hat gerade noch gesagt: Es brennt in den Betrieben; es muss eine schnelle Hilfe kommen.

Was aber im Moment auf Bundesebene passiert, ist, dass wir eine Tierhaltungskennzeichnung bekommen, für die wir aber die höheren Standards, die dafür in den Betrieben umgesetzt werden müssen, in keinsten Weise finanziert bekommen. Das ist doch das Problem. Die Betriebe stehen am Abgrund und es fehlt die Finanzierung.

Jetzt hinzugehen und zu sagen, „Wir labeln jetzt erst einmal, bringen aber nicht das Finanzierungsthema zu Ende“, wird keinem Betrieb weiterhelfen.

(Beifall von der CDU)

Frau Kahle-Hausmann, wenn Sie darauf hinweisen, dass wir auf Bundesebene 16 Jahre in Regierungsverantwortung waren, dann ist das richtig. Ich bin auch der festen Überzeugung, dass das gut für Deutschland war.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD)

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch dazu, dass Sie davon acht Jahre lang mitbeteiligt waren.

(Zurufe von der SPD)

So ehrlich wollen wir sein: Die Umsetzung der Borchert-Kommission in der letzten Legislaturperiode ist am Umweltministerium gescheitert. Es ist Frau Schulze gewesen, die das Thema blockiert hat.

(Zuruf von der SPD)

Vielleicht liegt es daran, Herr Schneider, dass Sie die Handnummer von Frau Schulze nicht gehabt haben, um das vielleicht einmal bilateral klären zu können.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Eben in der Diskussion kam einmal auf, Groß und Klein gegeneinander auszuspielen. Diese Diskussion haben wir nicht geführt, die ist von anderen Ebenen gekommen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Für uns steht im Fokus, dass Borchert in Gänze umgesetzt werden muss, weil Borchert der Schlüssel ist, um eine artgerechte oder artgerechtere Tierhaltung in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen umsetzen zu können.

In einem zweiten Schritt wollen wir eine Förderung von Außenklimaställen. Ich glaube, das ist ein richtiger Weg, um den Betrieben zu zeigen, wie es alternativ gehen kann.

Herr Kollege Rüße hat es eben treffenderweise erklärt. Ich weiß nicht, ob Sie da richtig zugehört haben. Er hat gesagt: Im AFP ist es heute schon so, dass die 2-GV-Grenze dort fest hinterlegt ist. – Nichts anderes machen wir.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vielleicht versuchen Sie heute, den einen oder anderen Keil zu treiben, aber ich bin der festen Überzeugung, dass Sie das nicht schaffen werden. Ich bin froh, dass wir genau dieses Thema in konstruktiver Zusammenarbeit mit den Grünen voranbringen können. Am Ende des Tages erreichen wir damit vielleicht einen besseren Tierwohlstandard für Produkte, die hier in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen erzeugt werden. Das ist unser Ziel. Das wollen wir gemeinsam schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Rainer Schmelzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Höner. – Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Schalley.

**Zacharias Schalley (AfD):** Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Die aktuelle Debatte zur Tierwohlförderung ist ein Offenbarungseid. Es wird deutlich, dass die etablierte Politik die Nutztiere in zwei Kategorien einteilt. Wir haben auf der einen Seite das Vieh in einem konventionellen Stall eines Bauern,

der mit wirtschaftlichen Existenznöten zu kämpfen hat und sich eine Stallaufwertung schlicht nicht leisten kann. Auf der anderen Seite haben wir das Vieh in der ökologischen Haltung, das einfach nur Schwein gehabt hat. Es ist wie in Orwells „Farm der Tiere“: Manche Tiere sind einfach gleicher.

Das verquere daran ist, dass diese Unterteilung nicht der Verbraucher macht, sondern die Politik. Die etablierte Politik zementiert die Existenz von Stellen mit weniger Tierwohl, Stichwort „Stallbaubremse“. Sie lässt es zu, dass diesen Nutztieren weniger zufällt als jenen. Wenn es ums Tierwohl geht, muss dieses ganz einfach ohne Ausnahme gelten. Das schreiben Gesetze vor.

Wir entwickeln uns vom Normenstaat mit tradierten verbindlichen Regelungen hin zum Maßnahmenstaat, wo situativ und rein nach politischer Zweckmäßigkeit entschieden wird. Die Standards werden immer unverständlicher und willkürlicher durch zahllose private oder halbstaatliche Tierwohllabels, Zertifikate oder Siegel, das Ganze noch forciert durch Kampagnen der Verbraucherzentrale, von Lobbyverbänden, Naturschutzvereinen oder den großen Einzelhandelsketten. Kennt eigentlich jemand den Unterschied zwischen Haltungsstufe 2 und 4 der Initiative Tierwohl? Was machen Sie, wenn es das Nackensteak nicht mehr in Stufe 3, sondern nur noch in Stufe 2 im Supermarkt gibt? Fällt dann das Grillen aus?

Der Effekt solcher Etikettierungen ist vor allen Dingen, dass die Verbraucher glauben, der gesetzliche Mindeststandard wäre derart gering, dass das Kotelett aus der konventionellen Haltung absoluter Dreck sein müsste. Dem ist mitnichten so. Deutschland hat schon jetzt einen der höchsten Standards im weltweiten Vergleich. Und wenn Sie die heimische Lebensmittelproduktion durch Ihre Politik zerstören, dann müssen wir wirklich bald Dreck fressen. Dann kommen die Koteletts nicht mehr aus dem Münsterland, sondern aus Schweinehochhäusern in China. Ich kann nur sagen: Guten Appetit!

Apropos „guten Appetit“: Ich warte noch auf den Tag, an dem den Grünen einfällt, dass auch die Insekten, die wir ab jetzt essen sollen, ebenfalls höhere Haltungsstandards brauchen. Wie viel Quadratzentimeter pro Made halten Sie für angemessen? Gibt es eigentlich für Grillen auch das Biosiegel, wenn die nur mit ungespritztem Obst gefüttert werden?

Während wir den Maßnahmenstaat weiter ausbauen, ist unsere heimische Schweinehaltung in ihrer Existenz bedroht: ASP, wegbrechende Absatzmärkte, steigende Erzeugerkosten, immer mehr Bürokratie, ein ungeheurer Investitionsdruck und keine Entschädigung für die Mehrleistungen.

Ich sprach mit einem Schweinebauern aus Ostwestfalen. Er verdient mehr mit seiner Biogasanlage als mit seinen Schweinen. Auf seinem Ackerland baut er kaum noch Futter für die Schweine an, sondern

besser Biomasse für die Gasanlage. Das würde sich besser rechnen.

Es gibt genug Baustellen, die angegangen werden müssten. Alleine die Afrikanische Schweinepest ist ein hochaktuelles Thema. Am 10. September 2020 wurde erstmalig in der Bundesrepublik ASP bei einem Wildschwein in Brandenburg festgestellt. Nach der ersten Bestätigung wurden überall landesweite ASP-Katastrophenstäbe eingerichtet. Wo stehen wir heute? Nur zweieinhalb Jahre später zählen wir amtlich bestätigt über 3.000 Fälle in Brandenburg, über 2.000 Fälle in Sachsen, fast 50 Fälle in Mecklenburg-Vorpommern. Und nun ist die ASP auch bei Hauschweinen ausgebrochen. Versagen auf ganzer Linie! Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die ASP auch in NRW ankommt. Und was bedeutet das? Es wäre das Ende für die ca. 7.000 Schweinemastbetriebe. Was wir bei der Tierwohlförderung erleben, ist eine Scheindebatte. Zum Nachteil unserer Bauer wird sie ergebnislos enden.

Die Agrarministerin wird nicht mehr als einen Appell bei der Agrarministerkonferenz zustande bringen, wehmütig beklagen, wie unnachgiebig die Länderkollegen sind, und dann mit leeren Händen wieder hier auftauchen. Es ist die Ironie der Ironie, dass selbst Ihre Bundesratsinitiative zum Abbau der Stallbaubremse ausgebremst wird. Und trotzdem wird die Ministerin die nächsten Ukas des grünen Umweltministers umsetzen. Hauptsache, die CDU regiert mit.

Es ist mit CDU-Agrarministern ähnlich, wie George Orwell in „Farm der Tiere“ schrieb: Der Mensch dient den Interessen keines Geschöpfes, außer sich selbst. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Für Bündnis 90/Die Grünen spricht der Abgeordnete Rüße.

**Norwich Rüße\*** (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es macht Sinn, darauf hinzuweisen, warum wir in der Landwirtschaft, in der Tierhaltung diese Ratlosigkeit haben. Die haben wir als Politik ein Stück weit mitverursacht, weil wir so lange diskutieren, aber der Handlungsdruck hat auch noch andere Ursachen, sodass ein „Weiter so“ auch gar nicht gehen würde: die Geschehnisse am Markt, das Wegbrechen der ausländischen Märkte.

Perspektivisch kann man durchaus davon ausgehen, dass andere Länder – das sieht man zum Beispiel in Spanien – die Produktion massiv ausdehnen, sodass es auch aus dem Grund sehr sinnvoll ist, zu schauen: Wie grenzen wir uns ab? Wie schaffen wir es, die Fleischproduktion so zu gestalten, dass unsere Verbraucherinnen und Verbraucher sagen: „Jawohl, wir wollen nicht anonym irgendwoher Fleisch bekommen, sondern wir wollen das Fleisch von den Betrie-

ben aus unseren Regionen hier aus NRW“? Es ist in unserem ureigensten Interesse, dass wir die Beschlüsse der Borchert-Kommission umsetzen.

Frau Kahle-Hausmann, ich finde es gut, dass Sie sich mit den Bäuerinnen und Bauern auseinandergesetzt haben. In der Tat ist es in der Ferkelerzeugung seit Jahren ein massives Problem.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Sie haben den Handlungsdruck, den wir haben, beschrieben.

Sie, Herr Brockes, sollten hier nicht die beleidigte Leberwurst spielen, wenn ich Ihnen sage, dass Sie den Koalitionsvertrag nicht richtig verstanden haben. Wenn es Ihnen ernst ist, den Bäuerinnen und Bauern zu helfen, können Sie doch nicht sagen: „Herr Rüße, mit Ihnen zusammen mache ich nichts, weil ich Sie nicht mag“, oder was weiß ich. Sie müssten sagen, ich mache natürlich im Interesse der Bäuerinnen und Bauern alles mit allen zusammen, damit dort etwas vorangeht. Ich fände es gut, wenn wir alle, Frau Kahle-Hausmann, Herr Kutschaty, einen Brief an Herrn Lindner und an den Bundeskanzler schreiben würden, mit dem wir aus Nordrhein-Westfalen eine ausreichende, langfristige finanzielle Absicherung des Umbauprozesses einfordern. Das ist doch das A und O.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Das haben wir doch alle miteinander hier festgestellt. Herr Brockes, Sie müssen doch mal bereit sein, zusammenzuarbeiten und das dann auch zu tun, und Sie sollten nicht immer sagen: Ne, das will ich nicht.

Ich fand diese Aktuelle Stunde wirklich gut, aber mir und uns als Koalition geht es hier um die Inhalte. Uns geht es darum, die Tierhaltung voranzubringen. Das können wir gerne noch hundertmal diskutieren, wenn wir es damit erreichen, zu einem guten Ergebnis zu kommen. Bei Ihnen, insbesondere bei Ihnen, Herr Brockes, habe ich das Gefühl, es geht darum, irgendwie einen Zwiespalt zu suchen, den es nicht gibt.

An einer Stelle unterscheiden der Kollege Höner und ich uns: Das ist die Bewertung der 16 Jahre eines durch die Union geführten Bundeslandwirtschaftsministeriums. Da sind wir uns nicht ganz einig. Aber wie wir hier in Nordrhein-Westfalen Tierhaltung voranbringen wollen, da sind wir uns sehr einig.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zuruf Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Brockes. Daher glaube ich, dass wir das alles zusammen auf einen guten Weg bringen, und ich wäre froh – deshalb erneuere ich mein Angebot –, wenn wir gemeinsam aus Nordrhein-Westfalen ein Signal in Richtung Christian Lindner – der ist ja auch aus NRW, der wäre also genau der richtige Adressat, und wir wären der richtige Absender – senden

würden, dass er sich da bewegen muss und den Prozess befördern und nicht aufhalten soll. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Rütze. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich diese Aktuelle Stunde.

Wir kommen zu:

### **3 Chancengleichheit jetzt! Das Erfolgsmodell der Familiengrundschulzentren schnell und flächendeckend in NRW etablieren!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/3306

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der Kollegin Busche das Wort.

**Andrea Busche (SPD):** Sehr geehrter Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Die Übertragung der Idee von Familienzentren der Kindertageseinrichtungen in den Schulbereich ist sinnvoll und ergänzt den Gedanken der vernetzten Strukturen. Solche Familiengrundschulen verstehen sich als multiprofessionelles Netzwerk zur Unterstützung von Familien im Quartier. [...] Wir wollen dazu beitragen, noch mehr Schulen zu Familienzentren auszubauen und so gerade an Standorten mit vielfältigen Herausforderungen eine nachhaltige Absicherung zu gewährleisten.“

„Grundschulen werden wir daher zu Orten der Bildung, Beratung, Begegnung und Unterstützung von Familien weiterentwickeln. Die Vernetzung der Kita- und Grundschulfamilienzentren mit anderen Einrichtungen im Stadtteil, in dem Eltern leben, führt zu einer ganzheitlichen Beratung und Hilfestellung.“

„Wir wollen damit allen Grundschulkindern und ihren Familien eine erfolgreiche Grundschulzeit ermöglichen und sie für die weiteren Herausforderungen auf ihrem Bildungsweg stark machen. Wir wollen schnellstmöglich und landesweit 300 Familiengrundschulzentren neu einrichten und deren Finanzierung dauerhaft sichern.“

Das, meine Damen und Herren, ist alles richtig. Ich muss zugeben: Das habe ich mir nicht ausgedacht, sondern es steht in den Wahlprogrammen von CDU, Grünen und FDP. Der zentrale Satz aus dem SPD-Wahlprogramm lautet: Wir wollen dieses Konzept an

allen Grundschulen ermöglichen. – Sie sehen also, inhaltlich haben wir vollen Konsens.

Bevor Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition, jetzt sagen, der Antrag sei überflüssig, das stehe ja in unserem Koalitionsvertrag, dafür brauche es keinen SPD-Antrag, lassen sie mich festhalten: Wir haben eine Bildungskatastrophe. Wir müssen jetzt die bereits vorhandenen Angebote in den Stadtteilen strukturiert und niederschwellig an einem Ort bündeln, vorstellen und vorhalten. Nur so schaffen wir es, Familien zu erreichen und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, insbesondere auch im Bereich der Inklusion.

(Beifall von der SPD)

Das Geld, das wir hier investieren, ist eine Investition in die Zukunft unserer Kinder. Gerade in benachteiligten Stadtteilen mit vielen Herausforderungen ist das immens wichtig. Weil viele Kommunen wissen – unter anderem meine Heimatkommune Bochum –, wie wichtig Familienzentren an Grundschulen sind, haben sie sich inzwischen schon selbst auf den Weg gemacht und selbst bei leeren Kassen in Brennpunkten Familiengrundschulzentren errichtet, weil der Baum brennt.

Trotz des Mehrwerts der Familiengrundschulzentren und der erkennbaren Notwendigkeit, schnell zu handeln, haben das Ministerium und auch die Koalition bisher keine Initiative erkennen lassen, hier selbst tätig zu werden. Deswegen stellen wir heute diesen Antrag, damit die Kommunen schnell die notwendigen finanziellen Ressourcen haben, flächendeckend Familiengrundschulzentren zu etablieren, damit Schulleitungen und Lehrkräfte sowie Kinder, Familien und Kommunen wissen: Wir haben euch verstanden, wir wissen, dass dieses Konzept euch hilft, wir packen das jetzt an.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich aus meiner persönlichen Erfahrung an einer OGS, an einer Grundschule, berichten, und auch als ehemalige Bezirksbürgermeisterin in Bochum: Wir kommen mit den bestehenden Strukturen an viele Familien nicht so heran, wie wir das gerne möchten. Wir wissen aus Kitas, dass wir mit genau so einem Angebot viele Familien bekommen. Wir schaffen Hürden ab, die vielleicht bestehen, und wir zeigen Programme auf, die längst bestehen, aber nicht bekannt sind. Das ist niederschwellig. Gerade in einer Grundschule erreichen wir alle Kinder – und nicht nur Kinder, die eine Kita besuchen.

(Beifall von der SPD)

Deswegen ist es wichtig, dass wir jetzt starten, und zwar schnell.

Die Fakten und die Vorteile liegen auf der Hand. Der politische Konsens ist da, der Antrag so gehalten, dass er anschlussfähig ist. Ich bin gespannt auf die